

FINANZPROKURATUR

Singerstraße 17-19

1011 Wien

Tel. 757641 (Durchwahl) PSKto. 5500.017

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1010 W i e n
VII/26523 25 Beilagen

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	30 -GE 9 86
Datum:	20. MAI 1986
Verteilt	21. MAI 1986 <i>Reichenberger</i>

S. Hajek

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Arbeitslosenversiche-
rungsgesetz, das Arbeitsmarktförde-
rungsgesetz und das Allgemeine
Sozialversicherungsgesetz geändert werden;
Aussendung zur Begutachtung

Die Finanzprokuratur beehrt sich, in der Anlage
25 Ausfertigungen ihrer Stellungnahme zum Gesetzesent-
wurf über die Änderung des Arbeitslosenversicherungs-
gesetzes, des Arbeitsmarktförderungsgesetzes und des
Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes vorzulegen.

7. Mai 1986
Der Präsident:

(Dr. Swoboda)

FINANZPROKURATUR**Singerstraße 17-19****1011 Wien**

Tel. 757641 (Durchwahl) PSKto. 5500.017

VII/26523

Stellungnahme der Finanzprokurator zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das Arbeitsmarktförderungsgesetz und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden sollen.

Zu Artikel I**Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetz.****Zu 2. a) § 8 Abs 3**

Die Finanzprokurator sieht zwischen erstem und zweiten Satz einen möglichen Widerspruch. Laut erstem Satz sind ärztliche Gutachten und Entscheidungen anzuerkennen, auf Grund des zweiten Satzes nur Entscheidungen. Außerdem bestand - entgegen den Erläuterungen - zur Anerkennung ärztlicher Gutachten ohnehin bereits Rechtspflicht. Dafür fällt die bisher verankerte Gegenseitigkeit. Die Finanzprokurator empfiehlt eine völlige Neufassung der Bestimmung.

b) § 8 Abs 4

Die Verfügung "sinngemäßer Anwendung" führt meist zu Problemen. Laut Erläuterungen soll das Arbeitsamt in Zweifelsfällen freie Hand bekommen. Der Text legt aber durch den Hinweis auf Abs 3 gerade Bedingungen fest.

7. Mai 1986
Der Präsident:

(Dr. Swoboda)